

**Meinungsfreiheit**

# Wegen Putin-Hitler-Vergleich: Staatsanwalt ermittelt gegen Historiker



Dr. Dr. Rainer Zitelmann (68) im BILD-Interview (Archivfoto)

Foto: Fabian Matzerath/BILD



Dennis  
Dreher

10.03.2026 - 17:26 Uhr

Artikel anhören

1x

-02:38

Frankfurt – **Deutschland und die Meinungsfreiheit, das nächste Kapitel: Bei der Staatsanwaltschaft Berlin läuft ein Verfahren gegen den Historiker Dr. Dr. Rainer Zitelmann (68). Er hatte auf „X“ eine Fotomontage geteilt, die Kreml-Herrscher Wladimir Putin (73) mit Adolf Hitler vergleicht. Weil Hitler darauf eine Hakenkreuz-Binde trägt, sehen die Staatsanwälte Paragraf 86a StGB erfüllt – „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen“.**

Zitelmann sagt, er sei „eigentlich kein großer Fan von Hitler-Vergleichen“, doch als Historiker drängten sich ihm „Parallelen zwischen Hitlers und Putins Kriegspolitik und Rhetorik auf“. Also teilte er im Dezember 2025 eine entsprechende Fotomontage. Darauf ist Hitler mit Sprechblase zu sehen: „Gebt mir die Tschechoslowakei und ich attackiere niemanden mehr.“ Putin sagt darin dasselbe über die Ukraine. Zum historischen Hintergrund: In den 1930er-Jahren versuchten führende Politiker den Nazi-Diktator zu besänftigen, indem sie ihm die damalige Tschechoslowakei überließen. So werde er keine weiteren Länder bedrohen. Tatsächlich überfiel Hitler kurz darauf das Nachbarland Polen.

Zitelmann wollte also davor warnen, dem Kreml-Chef bei möglichen Verhandlungen über ein Kriegsende zu weit entgegenzukommen. Die Staatsanwaltschaft konstruierte daraus jetzt einen Verstoß gegen das „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen“. Paragraf 86a StGB verbietet zwar Nazi-Symbolik wie Hakenkreuze, erlaubt jedoch ausdrücklich Ausnahmen für Wissenschaft, Forschung, Lehre und Berichterstattung über Geschichte.

## Nicht die erste umstrittene Ermittlung

Hinzu kommt: Zitelmann ist ein Mann vom Fach, forscht zu Hitlers Leben und veröffentlichte sogar ein Buch über den Diktator. Gegenüber BILD zeigt er sich deshalb „besorgt“ über den Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland: „Wenn es mir als Historiker nicht erlaubt sein soll, auf Lehren aus der Zeit des Nationalsozialismus hinzuweisen, wo kommen wir da hin?“ Er hat jetzt einen Rechtsanwalt eingeschaltet, der Akteneinsicht beantragte. Bislang ist ungeklärt, wer die Anzeige stellte, die zu den Ermittlungen führte.

In jüngerer Vergangenheit gab es immer wieder fragwürdige Verfahren wegen „Meinungsdelikten“. 2024 ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen einen Bürger, der den damaligen Wirtschaftsminister Robert Habeck (56, Grüne) „Schwachkopf“ genannt hatte. Zuletzt stand der Journalist Jan Fleischhauer wegen eines Spruchs über die AfD-Jugend im Visier der Ermittler.

Haben Sie eine Meinung zu diesem Artikel? Hier können Sie uns schreiben.

Haben Sie Fehler entdeckt? Dann weisen Sie uns gern darauf hin.

### Produkttests

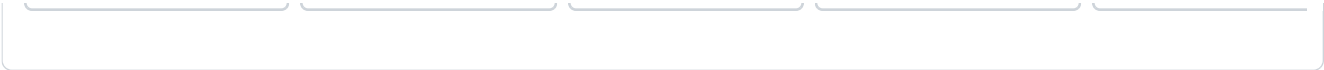
Kaffeevollautomaten im Test

Die besten Monitore im Test

Akkustaubsauger im Test

Die besten Heißluftfritteusen

In-Ear-Kopfhörer im Test



Angebote

- Die günstigsten VPN
- Auto Leasing unter 100 Euro
- Partnerbörsen & Singlebörsen
- Die besten Sportwetten Bonusangebote
- Kostenloser De

ANZEIGE

Services

- Casual Dating Apps & Plattformen
- Seriöse Online Casinos
- Solaranlage Kosten
- Förderung Wärmepumpe
- Wärmepumpe Kosten
- Sportw

ANZEIGE